

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Konkurrierende Aufgaben der Währungs- und Kreditpolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Konkurrierende Aufgaben der Währungs- und Kreditpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 8, pp. 11-12

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131355>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

politik. Der ECE, als einem Organ der UNO, gehört Deutschland nicht an, dagegen osteuropäische Staaten, die nicht zur OEEC, gehören. Österreich und die Schweiz gehören nicht zum Europarat; dem GATT, dagegen gehören Länder aus aller Welt an. Deshalb kann keine Organisation allein die Aufgaben übernehmen.

### *Europäische Wirtschaftskonferenz*

Die Zusammenarbeit muß ausgebaut und verbessert werden, indem die zum Teil nebeneinander laufenden Organisationen unter einer einheitlichen Leitung zu einer europäischen Wirtschaftskonferenz zusammengefaßt werden. Andererseits sollte man den eingeschlagenen Weg, die Abgeordneten der nationalen Parlamente in die internationalen Verhandlungen ein-

zuschalten, nicht wieder verlassen. Denn die traditionellen diplomatischen Beziehungen und Konferenzen der Regierungen reichen heute nicht mehr aus, um die Verantwortung für die Zusammenarbeit Europas zu tragen. Die europäische Wirtschaftskonferenz sollte deshalb aus einem vertragschließenden Ausschuß der Regierungsvertreter und einem politischen Beratungsausschuß von Abgeordneten der Parlamente der beteiligten Länder bestehen.

Mehr zu fordern, ist im Augenblick ein schöner Traum, der verhindert, das Wenige durchzuführen, das sofort getan werden muß. Wenn der Europarat diese Selbstbescheidung nicht aufbringt, geht er an seiner eigenen Überheblichkeit zugrunde und macht sich zum Gespött der Gegner der europäischen Zusammenarbeit.

## Konkurrierende Aufgaben der Währungs- und Kreditpolitik

### Knapphaltung des Kreditgürtels

In dem Monatsbericht der Bank deutscher Länder vom März dieses Jahres werden die Maßnahmen zur selektiven Kreditrestriktion — Einengung des Geldvolumens um etwa 1 Mrd. DM — als vorübergehend bezeichnet. Hauptaufgabe der Währungs- und Kreditpolitik in der Gegenwart und der nächsten Zukunft soll nicht eine allgemeine Kreditrestriktion sein, sondern die „Knapphaltung des Kreditgürtels“ bei dem derzeit erreichten Umfang des Geldvolumens von fast 30 Mrd. DM. Unbeschadet aller Anforderungen, die an das Geld- und Kreditsystem gestellt werden, soll die DM eine harte Währung bleiben. Nicht ein schwacher bzw. absinkender DM-Kurs soll zu erhöhten Exporten anreizen, sondern exportgünstige, streng kalkulierte Preise bei fester internationaler DM-Relation zu anderen Währungen sollen exportfördernd wirken. Für eine Wirtschaft, die wie die westdeutsche, hart an den Engpaßzonen und zum Teil schon innerhalb der Engpaßzone produziert, die sehr importabhängig ist und für ihre Importe überhöhte Weltmarktpreise bezahlen muß, heißt das nichts anderes, als daß im Außenhandel die Austauschbedingungen ungünstig bleiben und sich unter Umständen sogar noch zu verschlechtern drohen. Die Importverteuerungen und die Kostenerhöhungen infolge des Produzierens an bzw. in der Engpaßzone müssen durch Reallohn-senkungen ausgeglichen werden,

wobei der knappe Kreditgürtel alle Tendenzen ersticken soll, die darauf hinauslaufen, die Reallohnverschlechterungen durch Lohn-erhöhungen auszugleichen und die steigenden Lohnkosten wieder mit Preiserhöhungen zu kompensieren.

Voraussetzung, daß eine solche Politik des knappen Kreditgürtels getrieben werden kann, ist, daß die allgemeine Linie der Notenbankpolitik nicht durch Sonderaktionen gestört wird. Eine weit-herzigere Behandlung der Kreditwünsche bei der Außenhandelsfinanzierung wird in keinem Falle zu vermeiden sein. Es ist aber damit zu rechnen, daß auch die Kreditwünsche der Wirtschaft dringlicher werden, und solche Tendenzen können durch die kommenden erhöhten Steuerbelastungen noch verstärkt werden. Vor allem aber werden bereits heute umfangreiche zusätzliche Ansprüche auf Vorfinanzierung von Investitionsaufgaben angemeldet, Ansprüche auf Grund der Nachholungsinvestitionen in den Grundstoffindustrien und auf Grund der „mandatorischen Aufträge der Besatzungsmächte“.

Da die Investitionsquote heute bereits einen Höhepunkt erreicht hat, ist kaum damit zu rechnen, daß die durch die gegenwärtige Periode der Hochbeschäftigung erforderlichen Neuinvestitionen der Grundstoffindustrien durch zusätzliche Investitionen aufgebaut werden können. Es muß vielmehr eine Umlagerung von Investitionen an-

gestrebt werden. Die verarbeitenden und konsumnahen Wirtschaftszweige sollen deshalb in Westdeutschland Neuinvestitionen und darüber hinaus eventuell sogar Ersatzinvestitionen einschränken. Die so frei werdenden Investitionsmittel aber sollen in die Grundstoffindustrien umgelagert werden.

Das sollte ursprünglich durch den Abs-Plan und dann durch den Wuppertalplan geschehen. Es soll heute das Ergebnis der im Entstehen begriffenen Gemeinschaftsaktion der westdeutschen Wirtschaft sein. Der sogenannte Gemeinschaftsausschuß der Wirtschaft hat dazu den Aufbringungsplan für die Grundindustriemilliarde ausgearbeitet (Investitionsumlageplan). Im Zusammenhang mit dieser Planung wird eine weitgehende Vorfinanzierung der Nachholungsinvestitionen in den Grundstoffindustrien gefordert, eine Vorfinanzierung durch die Kreditbanken mit entsprechenden Rückgriffmöglichkeiten auf die Zentralbank; denn die originären Investitionsmittel werden natürlich nicht sofort bei Planbeginn im ganzen anfallen, sondern sie werden erst nach und nach zur Verfügung stehen.

Nun ist gewiß: Der verstärkte Investitionsbedarf der Grundstoffindustrien für Nachholungsinvestitionen und der Besatzungsmächte für verstärkte „mandatorische Aufträge“ kann bei der derzeitigen Produktions- und Versorgungslage der deutschen Industrie kein zusätzlicher Investitionsbedarf sein.

Die beiden markantesten Investitionsblöcke — Industriemilliarde und Okkupationsmilliarde — müssen im Rahmen des gegebenen Investitionsspielraums abgewickelt werden. Geld- und kreditpolitisch bedeutet das, daß man sich bei ihrer Finanzierung etwa im Rahmen des gegebenen Kreditspielraums bzw. des vorhandenen Geldvolumens (fast 30 Mrd. DM) halten muß. Diese Finanzierung braucht

auch, wenn Vorfinanzierungsaktionen unterbleiben, durchaus nicht auf Kosten sonstigen Kreditbedarfes der Wirtschaft zu gehen, denn bei einer Umlagerung von Investitionsmitteln wird der Kreditbedarf des Teiles der Wirtschaft, von dem umgelagert wird, ja im selben Maße abnehmen, wie der Kreditbedarf des Teiles der Wirtschaft zunimmt, dem die Umlagerung zugute kommt. (Sl.)

## Wirtschaftliche Engpässe und Verteidigungsbeitrag

Die für die westdeutsche Währungspolitik verantwortlichen Männer haben immer wieder mit Nachdruck erklärt, eine ihrer Hauptaufgaben bestehe darin, die Währung stabil zu halten. Wenn man auch feststellen muß, daß die Kaufkraft der D-Mark, im wesentlichen als Folge des Koreakonfliktes, gesunken ist, so hat sich doch im Durchschnitt gesehen das Verhältnis der D-Mark zu anderen Währungen, deren Kaufkraft gleichfalls geringer wurde, kaum verändert. Der Prozeß der Geldverschlechterung hat sich zwar in der letzten Zeit, wie an den Preisindices abzulesen ist, verlangsamt, aber es läßt sich noch nicht übersehen, ob er zum Stillstand kommt oder weiter andauern wird. Das hängt größtenteils von der weiteren weltpolitischen Entwicklung ab. Für Westdeutschland wird darüber hinaus entscheidend sein, inwieweit es, ohne wirtschaftliche Störungen hervorzurufen, gelingt, das erforderliche Geldkapital und die entsprechenden Sachgüter für die beiden großen Vorhaben, die Erweiterung der Engpaßindustrien und den Beitrag zur Verteidigung, aufzubringen. Zur Durchführung dieser Pläne müssen zwangsläufig zusätzliche Teile des Sozialprodukts sowohl für die Grundstoffindustrien abgezweigt wie dem Staat zur Verfügung gestellt werden. Hierfür bestehen, wenn man vom Geldschleier absieht, im wesentlichen nur folgende Möglichkeiten:

1. Der Teil des gegebenen Sozialprodukts, der für den Verbrauch bereit steht, wird vermindert. Dies würde auf eine Senkung des Reallohns hinauslaufen, die sich in Lohnkürzungen, in einer Ausdeh-

nung der Arbeitszeit ohne entsprechende Lohnerhöhungen oder — bei gleichbleibendem Lohnniveau — in Preissteigerungen ausdrücken könnte.

2. Die Produktion wird ausgeweitet, und zwar möglichst so stark, daß sich die zusätzlichen Anforderungen erfüllen lassen.

3. Die für die Erweiterung der Engpaßindustrien und für die Erreichung der Verteidigungsbereitschaft erforderlichen Sachgüter werden als Außenbeitrag zur Verfügung gestellt. In den beiden zuletzt genannten Fällen brauchte sich unter günstigeren Bedingungen der Reallohn nicht zu verringern.

Die westdeutsche Wirtschaft dürfte sich, soweit es sich bis jetzt überblicken läßt, auf eine Kombination dieser drei Möglichkeiten einzurichten haben. Insgesamt gesehen, wird dabei eine Senkung des Reallohns nicht zu vermeiden sein. Sie kann jedoch durch eine Steigerung der Arbeitsleistung, durch Rationalisierungsmaßnahmen und durch eine gewisse Einkommensumschichtung gemildert werden. In gleicher Weise würde sich eine ins Gewicht fallende Zunahme der Sparquote auswirken.

Bei dieser Entwicklung besteht die Aufgabe der Notenbankpolitik nach wie vor darin zu verhindern, daß das Geldvolumen stärker wächst, als es dem Produktionszuwachs entsprechen würde. Es ist aber fraglich, ob das Zentralbanksystem allein in der Lage sein wird, dieses Ziel zu erreichen. So kann die Notenbank weder eine zunehmende Verschuldung der öffentlichen Hand wirksam genug verhindern, noch vermag sie die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes

zu beeinflussen. Weiter besitzen die Geschäftsbanken in Zeiten mit einer inflatorischen Tendenz häufig eine so günstige Liquidität, daß sie nur in geringem Ausmaß auf das Zentralbanksystem angewiesen sind und sich daher weitgehend den Lenkungsmaßnahmen von dieser Seite entziehen können. Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß, wie schon vielfach gefordert, die Eingriffe der Notenbank durch ein geschlossenes System verwaltungsmäßiger, steuer-, kapitalmarkt- und investitionspolitischer Maßnahmen ergänzt werden.

In diesem Zusammenhang ist noch darauf hinzuweisen, daß zwischen echten und künstlich herbeigeführten Engpässen unterschieden werden muß. Der Kohlenengpaß und zum Teil auch der Stahlempaß sind weitgehend künstlicher Natur. Die einseitig festgesetzten Kohlen-Exportverpflichtungen von rund 2 Mill. t im Monat entziehen der deutschen Wirtschaft nicht nur diesen unersetzlichen Rohstoff, sondern schmälern wegen des zu niedrig festgesetzten Exportpreises das Devisenaufkommen beträchtlich. Derart gehen der westdeutschen Wirtschaft jährlich Devisen im Gegenwert von rund 1 Mrd. DM verloren, die für die Beschaffung lebenswichtiger Einfuhrwaren bereitgestellt werden könnten. Beim Stahl liegen die Dinge ähnlich. Denn fast 20% der Erzeugung werden exportiert, zum Teil als Gegenleistung für Lieferungen amerikanischer Kohle, die sonst ausbleiben würde. Diese Menge fehlt dem Inlandsmarkt und vor allem der Exportindustrie, die aus einer Weiterverarbeitung des Stahls erheblich mehr Devisen Erlösen könnte. Die Aufrechterhaltung dieser künstlichen Engpässe beeinträchtigt nicht nur die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft, sondern drückt auch das Wirtschaftspotential nachhaltig herab.

Wenn sich die Alliierten schon nicht dazu verstehen wollen, diesen Zustand zu ändern, sollten sie die Ausfälle, die die westdeutsche Wirtschaft durch die erzwungenen Exporte hinnehmen muß, zum mindesten als einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Verteidigungsbereitschaft der westlichen Welt anerkennen. (Gl)